

**Bebauungsplan "5. Änderung Im Großen Garten" – Gemarkung Braunshardt
Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGesetzbuch (BauGB) und des
Plangeltungsbereiches gem. § 9 Abs. 7 BauGB
sowie der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt hat in ihrer Sitzung am 17.12.2015 der Aufstellung eines Bebauungsplanes „5. Änderung Im Großen Garten“ – Gemarkung Braunshardt zum Zwecke der Aufhebung der festgesetzten Mindestgrundstücksgröße zugestimmt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfaßt die Grundstücke der Gemarkung Braunshardt Flur 1, Flurstücke Nr. 90/4 tlw., 91/3, 92/2, 95/2 tlw., 95/5 tlw., 98/2 tlw., 104/2, 104/3 tlw., 106 tlw., 107/1 tlw., 126/1 tlw., 127/4, 131/3, 132/1, 133 tlw., 134/2 tlw., 134/4, 135/2 tlw., 136/6, 136/7, 136/8, 136/10 tlw., 271/4, 273/4, 279/3, 280/1, 281/1, 282/2, 417/1 tlw., 437/2 tlw., 465/2, 510, 511/4 tlw., 511/5, 512, 513/1, 514, 515, 516/1, 517, 518, 519/4, 520/2, 520/3, 520/4, 520/5, 520/6, 521/1 tlw., 522 tlw., 523/1, 523/2, 523/3, 523/4, 524/1, 524/2, 524/3, 524/4, 525/1 tlw., 526, 527/1, 527/2, 527/3, 528, 529, 530, 531/1, 532, 533, 534, 535, 536, 538/2, 538/4, 540/1, 541, 542, 543, 544, 545/1, 546, 547, 548, 549, 550/1, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563 (gesamter Geltungsbereich des Ursprungsplanes s. Kartenauszug).

In der gleichen Sitzung hat die Stadtverordnetenversammlung den Entwurf zum Bebauungsplan in der Fassung vom 19.10.2015 einschließlich der zugehörigen Begründung als Auslegungsentwurf anerkannt.

Der Entwurf mit Begründung liegt in der Zeit vom 10.02.2016 bis einschließlich 11.03.2016 bei der Stadtverwaltung Weiterstadt, Technische Verwaltung, Riedbahnstraße 6, vor dem Zimmer 318, während der folgenden Dienststunden öffentlich aus:

montags, dienstags, donnerstags von	8.00 – 12.30 und 13.30 – 16.00 Uhr
mittwochs von	8.00 – 12.30 und 14.00 – 18.00 Uhr
freitags von	8.00 – 12.00 Uhr

Bei der oben genannten Stelle kann sich die Öffentlichkeit gem. § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB auch über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten. Telefonische Anfragen zum öffentlich ausgelegten Bebauungsplan richten Sie bitte an 06150/400-3202.

Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen, da die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt wird.

Während der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes und der Begründung können von jedermann Stellungnahmen schriftlich vorgebracht oder zu Protokoll gegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Für den Magistrat

Ralf Möller
Bürgermeister

Abb.: Übersicht zum Geltungsbereich

